



Linke Liste Nürnberg, 90459 Nürnberg, Humboldtstraße 104

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Ulrich Maly
Rathausplatz 2

90403 Nürnberg

Humboldtstraße 104
90459 Nürnberg
Telefon: 0911 – 2 87 60 13
Fax: 0911 – 2 87 60 16
www.linke-liste-nuernberg.de
linke-liste-nuernberg@t-online.de

Nürnberg, 07. November 2011

Antrag: GBW Wohnungen in Nürnberg

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bereits am 29. September 2009 befasste sich der Nürnberger Stadtrat mit der GBW-Wohnungsbaugesellschaft. Ziel war es damals den Schutz der GBW-Mieter auch in Zukunft optimal zu sichern.

Laut Auskunft des bayrischen Staatsministers für Finanzen, Herrn Fahrensohn (CSU) plant derzeit die Staatsregierung und die LB Bayern den Verkauf der GBW-Wohnungsbaugesellschaft weiter voranzutreiben.

Hintergrund ist, dass im Zuge des Missmanagements, der Fehlinvestitionen und der Spekulationen an den internationalen Finanzmärkten die bayrische Staatsregierung eine zehn-Milliarden-Hilfe aus Steuergeldern an die LB Bayern getätigt hat, um diese vor der Pleite zu retten.

Wegen dieser Staatshilfen steckt die LB Bayern in einem Beihilfeverfahren der EU, an dessen Ende die EU-Kommission Auflagen für die künftige Entwicklung der Bank bekanntgeben wird. Statt sich während dem laufenden Verfahren für die GBW-Wohnungsbaugesellschaft einzusetzen, bereitet die Staatsregierung den Verkauf der GBW in voreuseilendem Gehorsam vor. Doch selbst nach Auskunft von Staatsminister Fahrensohn liegt eine Entscheidung der EU-Kommission ob sich die LB Bayern von der GBW trennen müsse bisher nicht vor (SZ, 17.10.2011).

Die LINKE LISTE beantragt deshalb, dass der Nürnberger Stadtrat nachstehenden Beschluss fasst:

1. Der Nürnberger Stadtrat fordert die bayrische Staatsregierung als Eigentümer der LB Bayern auf, sich für einen Verbleib der GBW-Wohnungsbaugesellschaft im Eigentum der LB Bayern einzusetzen.

2. Sollte die LB Bayern tatsächlich zu einer Trennung von der GBW-Wohnungsbaugesellschaft gezwungen sein, fordert der Nürnberger Stadtrat die bayrische Staatsregierung zur Gründung einer landeseigenen gemeinnützigen

Wohnungsbaugesellschaft auf, welche die GBW-Wohnungsbaugesellschaft übernimmt.

Begründung:

Nach dem Zocken an den Finanzmärkten und Spekulationsverlusten in Milliardenhöhe sollen nun Zehntausende Mieterinnen und Mieter für Fehlentscheidungen der Staatsregierung herhalten. Alleine in Nürnberg sind knapp 3.300 Mieterinnen und Mieter betroffen. Die Vergangenheit zeigt: Alle Privatisierungen öffentlichen von Wohnungsbestand haben kräftige Mieterhöhungen zur Folge gehabt.

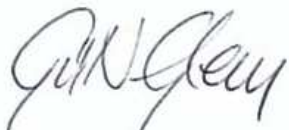
Noch bevor es konkrete Vorgaben durch die EU-Kommission gibt, bereiten FDP und CSU in vorrauseilendem Gehorsam den Verkauf der GBW-Wohnungsgesellschaft vor. Die Landesregierung will auf dem Rücken der GBW-Mieter die Bayerische Landesbank sanieren, während sie gleichzeitig ihre verheerende Finanzpolitik fortsetzen. Diese Politik hat die Bürgerinnen und Bürger viele Milliarden gekostet. Statt die Finanzmärkte an die Fesseln zu legen und die Reichen zu Kasse zu bitten, wird weiter gezockt und öffentliches Tafelsilber verscherbelt.

Ein Verkauf der GBW an private Investoren und Hedgefonds wäre den Mietern und ihren Familien gegenüber verantwortungslos. Der Verkauf der GBW-Wohnungen an kommunale Wohnungsbaugesellschaften wie z.B. an die wbg und damit die Verlagerung der Defizite von der Landesbank auf kommunale Wohnungsbaugesellschaften halten wir im Kern für falsch.

Die wbg braucht in den kommenden Jahren viel Geld um den großen Bedarf an neuen Wohnungen in Nürnberg zu decken und kann nicht für Fehlentscheidungen der Landesregierung und der LB Bayern den Kopf hinhalten. Dies könnte nur ein letztes Mittel sein, um den Verkauf an private Immobilienspekulanten und Hedgefonds zu verhindern.

Deshalb sollte sich die Stadt Nürnberg für einen Verbleib der GBW bei der LB Bayern bzw. für die Gründung einer landeseigenen gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft einsetzen.

Mit freundlichen Grüßen



Eylem Gün
Stadträtin Linke Liste